

„Miteinander reden, nicht übereinander“

Schulfusion: Appell von Elternvertretern im Schulausschuss – Bürgerbegehren in der Gemeinde auf den Weg gebracht

VON TORSTEN MÜLLER

KRONSHAGEN. Das Bürgerbegehren in Kronshagen hat genügend Unterstützer gefunden. Dieses Signal gab Bürgermeister Ingo Sander (CDU) am Dienstagabend im Schulausschuss. Am Mittwoch schloss die Verwaltung die aufwendige Überprüfung der Unterschriften ab.

2040 gültige Stimmen für das Bürgerbegehren gegen die Schulfusion wurden gezählt.

Fazit: Auf das Begehren gegen eine schnelle Fusion der beiden Grundschulen entfielen 2040 gültige Stimmen; 81 waren ungültig. Damit ist das Limit von etwa 900 Unterstützern weit überschritten worden. Das Ergebnis ging am Mittwoch sofort auf den Weg nach Rendsburg zur Kommunalaufsicht des Kreises. Die Behörde entscheidet im Februar über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens. In diesem Verfahren wird auch die Gemeinde zu einer Stellungnahme aufgefordert. Für Bedenken sieht der Bürgermeister keinen Grund; sie werde positiv ausfallen. Allerdings hätten ihm Bewohner des Wohngebietes Hühnerland ihre Verärgerung darüber mitgeteilt, dass auch Kinder Unterschriften gesammelt hätten. Rechtlich sei dies zulässig, so Sander, die moralisch-ethische Bewertung stehe auf einem anderen Blatt.



Mutter Katharina Castringius lobte die engagierte Arbeit von Rektorin Jutta Wichelmann an der Brüder-Grimm-Schule. FOTOS: TORSTEN MÜLLER



Gemeindevertreter tagen am Dienstag zu dem Thema

Nun ist die Frage, wie die Gemeindevertretung am Dienstag, 31. Januar, mit dem Bürgerbegehren und den Fusionsplänen zum Schuljahr 2017/18 umgeht. Der Bürgermeister wies in diesem Zusammenhang auf ein einschlägiges Gerichtsurteil hin, wonach die Vertretung keinen Beschluss fassen könne, der dem Bürgerbegehren entgegenstehe, sofern dessen Zulässigkeit zu erwarten sei. Thomas Kahle, CDU-Fraktionschef,

Vater Robert Reussow machte sich für die Verlagerung des Daz-Zentrums an die Eichendorff-Schule stark.

machte im Ausschuss bereits klar, dass man das Votum respektieren werde. Dies bedeutete jedoch nicht, dass überhaupt keine Beschlüsse zu dem Thema gefasst werden könnten.

Ausschussvorsitzende Andrea Linfoot (CDU) gab der Debatte um das Für und Wider noch einmal umfangreichen Raum. Dabei wurde nach mehr

als viermonatiger heftiger Auseinandersetzung auch eine gewisse Streitmüdigkeit deutlich. Ingmar von Hanneken, Elternvertreter der Eichendorff-Schule, appellierte an alle Seiten, wieder mehr miteinander zu sprechen als sich in Blogs und Leserbriefen übereinander zu äußern. „Sonst erzeugt man keinen Frieden“, war er überzeugt.

Katharina Castrangus, Mutter von Brüder-Grimm-Schülern, wehrte sich gegen persönliche Angriffe auf Rektorin Jutta Wichelmann, die von Fusionsgegnern als Ursache für die Probleme an der Schule verunglimpft worden sei. Sie erbringe einen sehr hohen persönlichen Einsatz für die Schule und erzeuge ein „Wir-Gefühl“. Problematischen Klassen steuere

Kritik: Verwaltung soll mehr Zahlen auf den Tisch legen

die Schule mit Lehrerverstärkung, Schulsozialarbeit, ehrenamtlichen Lesepartnern und Querversetzungen entgegen. „Wir haben Probleme trotz einer engagierten Schulleitung“, betonte die Mutter.

Robert Reussow, Vater von Eichendorff-Schülern, erneuerte seinen Vorschlag, das Daz-Zentrum an die Eichendorff-Schule zu verlagern und die jetzige Kapazitätsgrenze aufzuheben. Dadurch werde die Durchmischung von Kindern verbessert

und beide Schulleiter könnten bleiben. Die Brüder-Grimm-Schule sah darin jedoch keine Lösung, da auch danach der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund bei nur knapp 40 Prozent liegen werde. Markus Bolten, EDS-Vater, forderte die Verwaltung auf, mehr Zahlen zu präsentieren. „Wir brauchen Daten trotz Datenschutzgesetz.“ Gunnar Heintze, SPD-Fraktionschef, meinte: „Der Vorgang ist noch nicht entscheidungsreif.“

Winfried Eberstein, BGS-Vater, war überzeugt, dass die vorhandenen Zahlen eine deutliche Sprache sprächen: „Wir kommen am Thema soziale Entmischung nicht vorbei.“ Wenn das Problem nicht angegangen werde, werde es in der Gemeinde an anderer Stelle womöglich ein noch größeres Thema werden. „Die Eltern entscheiden nach wie vor mit den Füßen. Nebenan ist eine schöne neue Schule. Das ist eine Tatsache“, sagte Ulrike Khuen-Rauter (Grüne).